



Die Bauindustrie verzeichnet mehr Baugenehmigungen | Bild: querbeet, Canva

Baugenehmigungen weiter im Plus – Entspannung aber erst 2027 erwartbar

18. Dezember 2025

Im Oktober verzeichneten zum fünften Mal in Folge die Baugenehmigungen ein Plus im Vergleich zum Vorjahresmonat. Mit insgesamt 19.900 Wohnungen (Neu- und Umbau in Wohn- und Nichtwohngebäuden) wurden 1.300 Wohnungen (+ 6,8 Prozent) mehr als im Oktober 2024 genehmigt. Die Angaben wurden heute vom [Statistischen Bundesamt](#) veröffentlicht.

Im Vergleich zu Oktober 2020 (vor Beginn der Wohnungsbaukrise) fällt die Zahl der Genehmigungen mit einem Minus von 35 Prozent aber immer noch sehr schlecht aus. Von Januar bis Oktober 2025 ergibt sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Plus von 11,2

Prozent auf rund 195.400 genehmigte Wohnungen.

Rückblick: [Allg Construction Germany](#) stärkt seine Kompetenz im Bau- und Projektmanagement mit zwei Senior-Ernennungen

Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des [Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie](#), kommentierte die positiven Zahlen dennoch zurückhaltend: "Dass vor diesem Hintergrund die einmalige EH55-Plus-Förderung der [KfW](#) in Höhe von 800 Millionen Euro vor zwei Tagen ihren Startschuss hatte, ist ein klares Bekenntnis der Bundesregierung für mehr Wohnraum. Nun ist es wichtig, dass die Mittel abgerufen und zeitnah verbaut werden. Denn nach voraussichtlich 225.000 Baufertigstellungen in diesem Jahr dürften die Fertigstellungen im kommenden Jahr sogar die 200.000er-Marke unterschreiten. In den Ballungsgebieten besteht bereits seit Jahren eine riesige Übernachtung nach bezahlbarem Wohnraum und die Situation verschärft sich immer weiter. Erst 2027 dürfte sich eine Bodenbildung und Trendwende der Baugenehmigungen auch in den Fertigstellungszahlen zeigen."

Angesichts der im langfristigen Vergleich hohen Kreditzinsen und Baukosten brauche es für das kommende Jahr eine klare und langfristige Strategie für die Wohnungsbaupolitik. Getrieben durch eine Vielzahl hoher behördlicher Auflagen und Vorschriften würden die Kosten weiterhin hochgehalten. Die Länder werden nicht an einer Vereinfachung ihrer jeweiligen Bauordnungen herumkommen, um Standards und Gebäudeanforderungen und in der Folge Baukosten zu senken. (red)